

Pressemitteilung der UWG-Fraktion

10,5 Mio. Euro für Beamtenpensionen ?

Die Verwaltung der Stadt Schmallenberg hat in ihrer Vorlage IX/1179 und im Haushaltsplanentwurf 2019 vorgeschlagen, für die laufenden und künftig zu zahlenden Pensionen an die städtischen Beamten 10,5 Mio. Euro aus vorhandenen liquiden Mitteln beiseite zu legen und nur für diesen Zweck zu reservieren. Der Betrag soll bei künftigen Steigerungen der städtischen Versorgungszusagen jährlich angepasst (aufgestockt) werden.

Die UWG-Fraktion lehnte diesen Vorschlag in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.11.2018 ab. Sie verwies darauf,

dass damit dem städtischen Haushalt auf Dauer erhebliche Liquidität entzogen würde, die nicht mehr für andere Verwendungen zur Verfügung stünde.

Darüber hinaus wäre damit zu rechnen, dass diese zweckgebundenen Mittel jährlich mit ca. 200 bis 300 TEuro aufzustocken sind.

Da die in der städtischen Bilanz ausgewiesenen Verpflichtungen für Versorgungszusagen aufgrund der geringen Zinsen am Kapitalmarkt eigentlich zu niedrig sind, besteht zusätzlich ein Risiko, dass es zu erheblichen Erhöhungen kommt, wenn die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden.

Ein Risiko, dass später bei Fälligkeit der Versorgungszusagen nicht genügend Geld in der Stadtkasse wäre und die Pensionen nicht gezahlt werden könnten, sieht die UWG-Fraktion nicht, weil ein Insolvenzrisiko nicht besteht. Die Stadt zahlt seit jeher Pensionen an ihre ehemaligen Beamten. Eine zusätzliche Absicherung gab es bisher jedoch nicht. Sollte die bessere Finanzlage nach Verkauf des Kanalnetzes solche Begehrlichkeiten auslösen ?

Die UWG hält es für besser, die zur Zeit vorhandene Liquidität in Investitionen zur Sicherung und Gestaltung der Zukunft und Attraktivität der Stadt zu stecken, als diese als totes und ggf. gering verzinstes Kapital in der Bilanz stehen zu haben.

Das Thema soll am 29.11.2018 in der Stadtvertretung erneut beraten werden.

.....